L A N D E S R A T
des
SAARGEBIETES.

IV. Wahlperiode/ 13. Sitzung.
2. Sitzungsperiode 1933.

Stenographischer Bericht

über die am Dienstag, den 30.Mai 1933 im Neuen Sitzungssaal des Rathauses der Stadt Saarbrücken stattgefundenen Sitzung des Landesrates.

Vorsitzender Scheuer: Meine Dame und meine Herren! Ich eröffne hiermit die Sitzung (10 Uhr).

Die Regierungskommission ist vertreten durch Herrn:

Ministerialdirektor Kuchenbecker, als Staatskommissar.

Von den Mitgliedern fehlen entschuldigt die Herren:

Schmoll (DBM)-Saarbrücken; Becker (Z)-Saarbrücken; Pink (KPD)-Bous; Wilhelm (Z)-Wehrden.

Die

T a g e s o r d n u n g

liegt Ihnen vor. Sie umfaßt folgende drei Punkte:

Begutachtung der Verordnungsentwürfe betreffend:

1) Rennwetten;

2) Ergänzung des Gesetzes über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen vom 3.5.1909;

3) Abänderung und Ergänzung des Reichsvereinsgesetzes vom 19.April 1908.

--

Der Ältestenrat hat beschlossen, daß die beiden ersten Vorlagen mit einer kurzen Stellungnahme verabschiedet werden. Über die dritte Vorlage wird eine Debatte von je 20 Minuten gepflogen.

Zu Punkt 1 und 2 der Tagesordnung betreffend

1)

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 12
A4

1) Rennwetten;

2) Ergänzung des Gesetzes über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen vom 3.5.1909;

erteile ich dem Berichterstatter, Herrn Abgeordneten Albrecht das Wort.

Abg. Albrecht (Z): Meine Dame und meine Herren! Ich kann auf die Protokolle über die Kommissionssitzung vom 26.Mai verweisen.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Lorenz!

Abg. Lorenz (KP): Die Kommunistische Fraktion lehnt die Vorlage ab und stellt folgende Anträge:

1) Das Abschließen von Rennwetten aller Art ist verboten;

2) Das Vermögen solcher Körperschaften oder Personen, die bisher das Abschließen von Wetten bisher berufsmäßig betrieben haben, wird beschlagnahmt und dem Fonds zur Fürsorge für Minderbemittelte zugewiesen.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Lieser !

Abg. Lieser (SP): Die Erfahrung hat gelehrt, daß, wenn etwas verboten wird, dasselbe erst recht gemacht wird und deshalb stimmen wir der Vorlage zu, weil dadurch, den Gewinnern der Gewinn gesichert ist.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Röchling !

Abg. Röchling(DSV): Wir weisen darauf hin, daß die Verführungen durch das Wettunwesen sehr groß sind. Wir sind daher gegen die Vorlage.

--

Vorsitzender: Die Vorlage ist mit den abgegebenen Gutachten verabschiedet.

Punkt 2 der Tagesordnung betreffend:

<u>Ergänzung des Gesetzes über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen vom 3.5.1909;</u>

Abg. Kiefer (Z): Das Zentrum stimmt zu.

Abg. Lorenz (KP): Die KPD. hat bei einer früheren Vorlage Anträge eingebracht, die wir auch heute wieder stellen. Wir verweisen heute erneut auf diese Anträge.

Abg. Lieser (SP): Wir Sozialdemokraten stimmen zu.

Abg. Baltes(NSDAP): Wir Nationalsozialisten stimmen zu.

Abg. Dr. Röchling(DSV): Wir stimmen auch zu.

Vorsitzender: Damit ist Punkt 2 der Vorlage erledigt.

<u>Wir</u>

LR Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 12 A4

Vorsitzender: Wir kommen zu Punkt 3 der Tagesordnung betreffend

Abänderung und Ergänzung des Reichsvereinsgesetzes vom 19.April 1908.

Ich erteile dem Sprecher des Zentrums, Herrn Abgeordneten Kiefer das Wort!

Abg. Kiefer (Z): Meine Dame und meine Herren! Namens meiner Fraktion habe ich zu erklären, daß wir den vorliegenden Verordnungsentwurf betr. "Abänderung und Ergänzung des Reichsvereinsgesetzes vom 19.April 1908" ablehnen. Wir konnten keine stichhaltigen Gründe finden, die zum Erlaß einer so einschneidenden Verordnung berechtigen könnten. Dieser Tatsache scheint sich auch die Abteilung des Innern, die für diesen Entwurf die Verantwortung trägt, bewußt zu sein. Sie zog es nämlich vor, zu der Kommissionssitzung am 26.Mai keinen Vertreter zur Begründung dieses Ausnahmegesetzes zu schicken, und dem Landesrat Rede und Antwort zu stehen. Die Antworten der Abteilung des Innern, die sie schriftlich auf die in der erwähnten Kommissionssitzung gestellten Anfragen gab, sind äußerst dürftig und fadenscheinig und bestätigen unsere Feststellung, daß wirklich keine stichhaltigen und ausreichenden Gründe zum Erlaß dieses Ausnahmegesetzes vorhanden sind. Warum nennt man nicht die Personen und Kreise, die sich angeblich "beunruhigt" oder gar bedroht fühlen ? Warum sagt man es nicht offen heraus, wer an die Regierungskommission herangetreten sein soll, um den Erlaß eines solchen Ausnahmegesetzes zu verlangen ? Wir müssen doch Gelegenheit geboten bekommen, alles eingehend prüfen, untersuchen und abwägen zu können. Liegt es in der Absicht der Regierungskommission, dem Landesrat das geringe Recht, das man ihm überhaupt einräumte, noch weiter einzuengen ? Will sie dem Landesrat und der deutschen Bevölkerung des Saargebietes ihren diktatorischen Willen mit solchen Methoden besonders zum Ausdruck bringen ? Wir müssen gegen die Mißachtung protestieren, die schon durch das Nichterscheinen eines maßgebenden Vertreters der Abteilung des Innern zur Begründung des Entwurfes in der Kommissionssitzung, der gewählten Vertretung unseres Volkes gegenüber ausgedrückt wurde. Wir müssen verlangen, daß mit solch entehrenden Methoden Schluß gemacht wird.
Wo ist die Berechtigung zu der Aufforderung gegeben, die am 19.Mai an den Landesrat gerichtet wurde, er müsse schon bis zum 26.Mai diesen einschneidenden Entwurf beraten haben ?
Warum, wenn Dringlichkeit vorgeschützt wird, erscheint dann kein zuständiger Vertreter der Abteilung des Innern in der Kommissionssitzung, um die angeblich dringlichen Gründe genau anzugeben ? Glaubt man, uns mit Behandlungspraktiken begegnen zu sollen, wie man sie sich sonstwo geknechteten und unzivilisierten Kolonialvölkern gegenüber erlaubt ? Ist das der vielgerühmte Völkerbundsgeist, der sich in derartigen Praktiken offenbart? Hätte die Regierungskommission nicht sofort mit der gewählten Vertretung unseres Volkes in's Benehmen treten müssen, falls ihr wirklich berechtigte Beschwerden vorgelegt wurden, um von dieser zu hören, ob es nicht möglich sei, aus der eigenen Kraft und Einsicht des deutschen Volkes im Saargebiet die Beschwerdeursachen aus der Welt zu räumen ? Erst am 19.Mai mußte die Mehrheit dieses Hauses drei Verordnungen ablehnen, die einen Ausnahmecharakter tragen, und völlig unnötig waren.

Trotzdem

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 12
A4

Trotzdem wurden sie gleich nach dieser Vollsitzung in Kraft gesetzt. Nun noch der heute vorliegende Entwurf, sondern das Vorgehen der Regierungskommission in der Beamtenfrage in Genf: da muß man schon sagen, daß es die Absicht der Regierungskommission zu sein scheint, das ganze deutsche Leben im Saargebiet unter Ausnahmegesetze zu stellen, die Freiheit der Meinungsäußerung des deutschen Volkes, der deutschen Presse, der deutschen Parteien, der deutschen wirtschaftlichen, kulturellen, sportlichen und sonstigen Körperschaften auf's alleräußerste einzuschränken und sie ständig unter Druck zu halten. Und das in einer Zeit, in der die Abstimmung nicht mehr fern ist, in der Separatisten, Renegaten und Neufranzosen, also Menschen, die sich außerhalb ihrer nationalen Volksgemeinschaft gestellt haben, sich ungehindert auswirken und ständig das deutsche Volk und seine gerechte Sache im Saargebiet in Wort und Schrift beleidigen dürfen ! Muß man da nicht auch sagen, daß diese Ausnahmegesetze auf deren Bestrebungen mit zugeschnitten zu sein scheinen ?

Wir müssen der Behauptung widersprechen, daß unser Volk im Saargebiet beunruhigt sei und die Regierungskommission darum veranlaßt habe, diese Ausnahmegesetze zu schaffen. Wir leben auch inmitten unseres Volkes; wir kennen die Stimmung auch innerhalb der Beamten und Arbeiterschaft und können nur betonen, daß unser Volk erst durch das unnötige Vorgehen der Regierungskommission, also durch ihre Ausnahmegesetze und durch ihren Schritt in Genf in größte Beunruhigung versetzt wurde. Wenn nun heute eine starke Beunruhigung zu verzeichnen ist, dann kommt das durch die von der Regierungskommission erlassenen Ausnahmegesetze und noch beabsichtigten Maßnahmen, die das deutsche Volk im Saargebiet in seiner Ehre verletzen mußten und müssen es auch ferner verletzen. Beruhigung tritt sofort ein, wenn die Regierungskommission die schon erlassenen drei Ausnahmegesetze aufhebt, die vorliegende Verordnung zurückzieht, ihren Schritt in Genf ungeschehen macht und endlich es der Einsicht der verantwortlichen Kreise des Volkes selbst überläßt, etwaige noch bestehende Beschwerdeursachen aus der Welt zu schaffen und etwaige im Übereifer begangene Unüberlegtheiten auszuräumen. Es liegen doch schon Beweise genug dafür vor, daß Einsicht und Verantwortungsbewußtsein wichtige Fragen geklärt haben, die der Bereinigung und Richtigstellung bedurften. Der Regierungskommission empfehle ich dringend, die Lektüre des Protokolls der letzten Kommissionssitzung, in dem nur einige dieser Beispiele aufgeführt sind.

Es ist gewiß zu verstehen, um ein Beispiel zu nennen, daß Menschen, die sich ihre Gewerkschaftsbewegung aus eigenem Willen und aus eigener Freiheit gebaut haben, nicht gleichgültig bleiben konnten, als ihre Bewegung im Reich infolge der dortigen nationalen Entwicklung ihre bisherige Selbständigkeit verlor. Dieser Vorgang mußte sie berühren, weil sie sonst ja kein Gefühl für Tradition und Pietät und keine Liebe sowie Anhänglichkeit zu dem selbstgebauten Werke gehabt hätten.

(unverständliche Zurufe der Kommunisten)

- Glocke des Vorsitzenden -

rsitzender: Ich bitte den Redner nicht zu unterbrechen!

pg. Kiefer (Z) fortfahrend: Sie können ruhig Zurufe machen, es schadet nichts, wenn unser Volk öffentlich bestätigt findet, was für "würdige" Vertreter sich in den Reihen der Kommunisten befinden.

Es mag auch vorgekommen sein, daß einige junge Stürmer und Eiferer glaubten, es wäre angebracht, auch hier mit diesem oder jenem eine Gleichschaltung zu versuchen. Bei all diesen Vorgängen

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 12

A4 I

Vorgängen durfte man aber seine Ruhe und seine Nerven nicht verlieren. Man mußte sich daran erinnern, daß plötzlich hochgehende Wellen sich wieder glätten werden, daß keine Suppe so heiß gegessen wird, wie sie gekocht wurde und man mußte das im Reich Geschehene als einen Tatbestand hinnehmen, den man vom Saargebiet aus nun mal nicht aus der Welt schaffen kann. Ruhige Überlegung mußte einem sagen, daß die Einsicht in Kürze zu der Erkenntnis führen werde, daß infolge der besonderen Verhältnisse im Saargebiet eine völlige Anpassung an das im Reich Gewordene und noch Werdende nicht in Frage kommen kann. Man mußte nur an die richtige Stelle gehen ohne sich dabei in seiner bisherigen Gesinnung auch nur das Geringste zu vergeben, um in freimütiger und ungeschminkter Aussprache zu der Klärung und Regelung zu gelangen, die der Sache einer Körperschaft, insbesondere aber der gemeinsamen Sache unseres deutschen Volkes im Saargebiet frommen. Dieser Weg mußte am nächsten liegen.

(Zuruf der Kommunisten: Schaukelgesinnung!)

(Zu den Kommunisten gewendet): Ich möchte mal gerne wissen, wie Sie sprechen würden, wenn Sie sich drüben befänden. Hier reden Sie große Töne und drüben verkriechen Sie sich.

(Zurufe und Unruhe bei den Kommunisten)

- Glocke des Vorsitzenden -

Vorsitzender: Herr Abgeordneter Lorenz, wenn Sie nicht damit aufhören, den Redner planmäßig zu unterbrechen, dann muß ich Sie zur Ordnung rufen.

Abg. Kiefer fortfahrend: Ist es denn nicht ein Danaergeschenk, wenn ich mir sonstwo angeblichen Schutz erkaufe durch die Hinnahme von Maßnahmen, die einem Strick verteufelt ähnlich sehen, der bei passender Gelegenheit um den Hals meines eigenen Volkes gelegt werden kann ?

Gewiß, es wäre bitter und nicht gerecht, wenn einer Organisation ihr wirklich eigenes Vermögen vorenthalten oder gar entzogen werden sollte. Wir im Saargebiet jedoch, wir waren als Gewerkschaften Glieder der deutschen Arbeiterbewegung und werden nach der Rückgliederung auch wieder Glied der deutschen Arbeitsfront, unbeschadet dessen, wie ihre Form beschaffen sein wird. Unser Rückkehrwille zum deutschen Vaterland wird nicht berührt von der zukünftigen Form der deutschen Arbeiterbewegung. Aufgabe der deutschen Arbeiterschaft ist es zu beweisen, ob sie so starke Kräfte in sich hat, ob das wahr ist, was sie behauptet, daß sie unbeschadet dessen, was heute ist, die neue Arbeitsfront aus ihrem Geiste formen kann. In Würdigung dieser Tatsachen ist es bestimmt keine Unmöglichkeit, auch mit einer strittigen Vermögensfrage in's Reine zu kommen, ohne daß es dazu des uns heute vorliegenden verhängnisvollen Ausnahmegesetzes bedürfe.

(Zurufe aus dem Zentrum: Sehr richtig!)

Andere wichtige gewerkschaftliche Fragen haben inzwischen doch ihre glatte Erledigung gefunden. Die Gründe, die die Abteilung des Innern in ihrer Antwort unter 1 zum Erlaß des vorliegenden Ausnahmegesetzes angibt, sind darum doch vollständig gegenstandslos geworden. Es liegen die Bekanntmachungen von Dr.Ley und Gauleiter Bürckel der Regierungskommission und der ganzen Öffentlichkeit vor, wonach für's Saargebiet weder ein Gewerkschaftskommissar eingesetzt wird noch eine Beschlagnahme des Vermögens der Gewerkschaften im Saargebiet geplant war, mithin nicht

LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 12

A4 I

nicht befürchtet zu werden braucht.

(Widerspruch und Zwischenrufe aus der Kommunistischen Fraktion!)

(Zu den Kommunisten gewendet): Sie haben ja keins! Übrigens möchte ich einfügen, wenn Sie(zu den Kommunisten) die Revolution hätten machen können, was hättet Ihr geramscht!

(Unruhe bei den Kommunisten)

- Glocke des Vorsitzenden -

Außerdem ist deutlich erklärt worden, daß die Gewerkschaften im Saargebiet selbständig sind und bleiben und die NSBO keinen gewerkschaftlichen Charakter besitzt und sich daher jeder gewerkschaftlichen Tätigkeit enthalten muß. Das ist eine eindeutige und klare Sachlage, weshalb es nicht mehr zu verstehen wäre, wenn die Regierungskommission ausgerechnet zum Schutze der deutschen Gewerkschaften dieses Ausnahmegesetz in Kraft setzen wollte. Die Fragen, die die Gewerkschaften angehen, können diese bestimmt restlos zur Regelung bringen, wenn sie nur den notwendigen Mut dazu haben .

(Zuruf des Abg. Dr. Röchling(DSV): Sehr richtig!)

Hilfe durch die Regierungskommission müßte nämlich - das beweist die vorliegende Verordnung, vom ganzen deutschen Volk im Saargebiet teuer bezahlt werden. Schutz der Gewerkschaften aus diesem Gesetz heraus geht auf Kosten der Freiheit des deutschen Saarvolkes. Wer aus dem deutschen Volk will die Verantwortung dafür selbst auf sich laden ?

Die in der Antwort unter 3 gestreiften Vorkommnisse, die bei der Volkshochschule und Jugendherberge sich abgespielt haben sollen, haben, wie die Regierungskommission weiß, eine einwandfreie Aufklärung und Bereinigung gefunden. Und waren diese Vorkommnisse überhaupt so weltbewegend, daß man auch sie als Anlaß benutzen durfte, nun gleich das bißchen Freiheit, das wir im Saargebiet noch besitzen, mit gänzlicher Erdrosselung zu bedrohen ? Übrigens ist es äußerst interessant: gegenüber dem deutschen Vaterland sagt man, daß dort die Freiheit beschnitten wird, wenn die Regierungskommission aber dazu übergeht, dem deutschen Volk im Saargebiet die Freiheit zu nehmen, dann spendet man Beifall. Wenn mit diesen Argumenten auch jetzt noch zu arbeiten versucht wird, wenn man weiß, daß sie überhaupt nicht mehr existieren, dann beweist das nur, daß man dem deutschen Volk im Saargebiet in Verfolg eines anderen Zieles politische Handschellen anlegen will. Soll es überhaupt nicht in's freie Ermessen irgend eines Vereins gestellt bleiben, sich einer vorgegangenen Anderung in seinem Vaterland anzupassen ? Den Franzosen im Saargebiet blieb es bisher immer unbenommen, sich vereinsmäßig so im Saargebiet zu betätigen, wie sie das selbst für gut befanden. Warum soll das der ansässigen deutschen Bevölkerung verwehrt sein ? In diesem Zusammenhang sei auch darauf verwiesen, daß die Franzosen das ganze Jahr hindurch im Saargebiet ihre Nationalfahne, die Trikolore, ungehindert hissen können. Dem deutschen Volke aber glaubt man mit Vorschriften, Einschränkungen und sogar Verboten kommen zu müssen, auch dann noch, wenn das Volk aus Selbstdisziplin schon von sich aus für einen bestimmten Tag auf's Flaggen verzichtet hatte. Gilt im Saargebiet, in dem der Völkerbundsgeist sich erproben soll, der Grundsatz nicht mehr: Was dem einen recht ist, ist dem anderen billig ?

Zusammenfassend

LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 12

A4

Zusammenfassend müssen wir erklären, daß der vorliegende Verordnungsentwurf für das ganze Volk im Saargebiet einfach unannehmbar ist. Er ist voller Fußangeln und Selbstschüsse. Wir verweisen- das begreifen Sie wahrscheinlich nicht -, um die Richtigkeit dieser Behauptung zu belegen, auf die liebevolle Behandlung Eurer Partei und der Arbeiterzeitung in der letzten Zeit- merkt man da nicht ganz genau, welcher Fürsorge durch die Regierungskommission Ihr Euch erfreut ? Wir verweisen,um die Richtigkeit der Behauptung zu belegen, auf die im vorliegenden Protokoll festgehaltenen Anfragen der Kommission, die die ganze Gefährlichkeit dieses Entwurfes offenbar machten. Wir können und dürfen die Hand niemals dazu bieten,unserem eigenen Volk im Saargebiet den Strick drehen zu helfen. Es wäre sehr nützlich, wenn die Presse die Anträge und Anfragen des Landesrates, sowie die Antworten der Regierungsvertreter aus dem Kommissionsprotokoll veröffentlichte, damit unser Volk klar erkennt, was im Saargebiet gespielt wird und was ihm eigentlich droht. Im Namen der überwiegenden Mehrheit unseres Volkes müssen wir von der Regierungskommission in allem Ernste verlangen, diese Verordnung in ihrem Archiv zu begraben,also nie Gesetz werden zu lassen.

(Lebhafter Beifall !)

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 12
A4 I

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Hey!

Abg. Hey(KP): Meine Dame und meine Herren! Die Verordnung betreffend Abänderung und Ergänzung des Reichsvereinsgesetzes im Saargebiet sowie die in der letzten Landesratssitzung behandelten und gegen den Willen des gesamten Landesrates in Kraft gesetzten Verordnungen betreffend Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit sind zweifelsohne, selbst vom Standpunkt der freien Meinungsäußerung und des Koalitionsrechtes gesehen, ein direkter Faustschlag in's Gesicht der werktätigen Bevölkerung. Was will die fremdländische Regierung mit dieser Verordnung und gegen wen richtet sich diese ? Es bedarf gar keines besonderen Beweises, daß sie sich einzig und allein richtet, und in aller Schärfe angewandt werden wird, gegen die einzige antifaschistische und antikapitalistische Partei, die K.P.D. und die unter ihrer Führung stehenden revolutionären Massenorganisationen, so wie dies mit allen anderen Verordnungen und Erlassen vor dieser geschieht. Es ist die Fortsetzung des Terrorfeldzuges, wie wir Kommunisten ihn bereits in aller Schärfe kennen gelernt haben, seit Beginn der Lostrennung des Saargebietes vom übrigen Reich. Die Vergangenheit hat bereits gezeigt, daß diese fremdländische Regierung, sowie ihre unteren Polizeiorgane ihre eigenen Gesetze brachen, wenn es sich darum handelt, die kommunistische Bewegung zu unterdrücken. Im Kampf gegen die Kommunisten gibt es eben gar keine unerlaubten Mittel.

Das, was diese vorgelegte Verordnung in der Änderung des Vereinswesens vorsieht, wird bereits schon seit langer Zeit in einem ungeheuerlichen und rücksichtslosen Terror gegen die Kommunisten angewandt.

Mitgliederversammlungen der KPD., sowie der übrigen revolutionären Massenorganisationen werden polizeilich aufgelöst mit der Begründung:" daß diese Versammlung die öffentliche Ruhe und Ordnung gefährde". In diesem Kampf gegen die KPD. sind die Regierungsverordnungen und Erlasse immer die willkürlich auslegbaren Argumente in den Händen der faschistischen Polizeibeamten gewesen. Das Vereinsrecht im Saargebiet hat nur noch Geltung für die faschistischen Organisationen. Trotz Versammlungs-und Demonstrationsverbot findet sich weder ein Schutzmann noch Landjäger dort ein, wo diese faschistische Pest ihr Unwesen treibt. Faschistische Versammlungen finden nach wie vor unbehelligt statt. Demonstrationen dieser Richtung werden getarnt, unter verschiedenen Vereinsnamen durchgeführt und nicht behelligt. Während diesen Versammlungen und Kundgebungen wird bei der revolutionären Arbeiterschaft Treibjagd gehalten, damit die Faschisten ungestört ihre "verbotenen" Aktionen durchführen können. Dort, wo faschistische Versammlungen stattfinden, meidet die örtliche Polizei die Gegend wie die Pest, um sich entschuldigen zu können mit der bekannten Ausrede: mein Name ist Hase, ich weiß von nichts.

Die fremdländische Regierung wird dem faschistischen Terror gegen die werktätige Bevölkerung keinen Einhalt gebieten und zwar deswegen nicht, weil der Faschismus als Faktor zur Aufrechterhaltung des heutigen Ausbeutungs-und Unterdrückungssystem für die fremdländische Bourgeoisie ebenso unentbehrlich ist, wie für die deutsche. Es ist daher nicht der Zweck dieser Vorlage, die Faschisten zu hemmen, sondern diese Vorlage wird die faschistische Bewegung nur stärken, desgleichen Regierungskommission, nationale Konzentration und Separatismus.

In

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 12

A4 I

In der Kommissionssitzung am verflossenen Freitag brachte Herr Kiefer von der Zentrumspartei zum Ausdruck, daß diese Verordnung dem Saarbund neuen Nährstoff geben wird und mehr freie Betätigung. Ferner, daß die Zentrumspartei diese Vorlage benutzen wird, durch eine nationalsozialistische Gegenpropaganda, die von ihr in der Vergangenheit betriebene separatistische Politik zu verschleiern.

Die Bevölkerung des Saargebietes soll hinweggetäuscht werden über die Vergangenheit, sie soll nicht erfahren, wer in der Vergangenheit und zwar ganz besonders in den Jahren 1918, 1919, 1920 und 1921 dem Separatismus gehuldigt, wer ihn gefährdet und wer ihn unterstützt hat. Ich will hier nur erinnern an die Stellungnahme der Zentrumspartei im Jahre 1919/20. Damals war es der Zentrumspartei vorbehalten, sich einzusetzen für den französischen General Andlauer, welcher die Funktionäre der revolutionären Arbeiterbewegung mit dem Bajonett zu Paaren trieb, sie als Geißel einsperren ließ und letzten Endes noch aus dem Saargebiet auswies, nur deswegen, weil allein die revolutionäre Arbeiterschaft einen rücksichtslosen Kampf gegen die separatistischen und annexionistischen Bestrebungen brachte, Ihr Herren von der nationalen Konzentration, die wiegen tausend mal schwerer als ihr nationalistisches Geplärr, für das sie ja letzten Endes noch gut bezahlt wurden, direkt sowohl als indirekt. Dieses Deutschland, wie sie es predigen, ist prostituierter Patriotismus. Und wenn Sie der Auffassung sind, daß das System, welches in Deutschland herrscht und 50 000 antifaschistische Arbeiter in Konzentrationslager kaserniert, tausende Arbeiter ermordet, auf der Flucht erschießt, viehisch mißhandelt, wo die deutsche Bourgeoisie unter der Hitlerdiktatur Blutorgien feiert, daß das der deutsche Geist ist, dann sagen wir Ihnen, mit diesem "Deutschtum" hat die Arbeiterklasse nichts gemein.

Im Gegenteil, dieses Deutschland, wie es heute ist und das ist unser heiliger Schwur, werden wir mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln bekämpfen.

Die Kommunistische Partei wird nicht ruhen und rasten bis dieses mit Blut und Schande befleckte System beseitigt ist. In diesem unserem Kampf wird kein Terror, keine viehische Mißhandlung uns irgendwie hindern können, auch nicht die vorgelegte Verordnung der fremdländischen Regierung betr. Ergänzung des Reichsvereinsgesetzes.

Wie die SPD. nun zu der Auffassung gelangt, daß diese Verordnung die Gewerkschaften schützen würde vor der Gleishschaltung und faschistischen Gewalt, um sie unter die juristische Botmäßigkeit zu zwingen, ist bezeichnend und entspricht ganz ihrer Kapitulationspolitik überall.

Wir als revolutionäre Gewerkschaftler sind anderer Auffassung. Allein die Tatsache, daß die fremdländische Regierung in der Vergangenheit gezeigt hat, wie sie zu der revolutionären Gewerkschaft steht, und zwar ganz besonders in den staatlichen Betrieben - ich erinnere Sie nur an die Maßregelungen der Arbeiterausschüsse auf der Saar-Eisenbahn durch den zentrümlichen Präsidenten Nicklaus -, ist Beweis genug, daß die fremdländische Regierung jede Maßnahme unterstützen wird, welche zur Unterdrückung der revolutionären Gewerkschaftsbewegung führt. Diese Maßregelungen und Entlassungen wurden mit Unterstützung der bürgerlichen Parteien durchgeführt, um der Faschisierung auf der Saareisenbahn Tüt und Tor zu öffnen und dieselbe Regierung, welche brutal und rücksichtslos revolutionäre Arbeiter entläßt, sie soll nun auf einmal ein Interesse daran haben, die Gewerkschaften vor dem faschistischen Terror zu schützen. Keinen logisch denkenden Arbeiter wird man hiervon überzeugen können.

Sollen die Gewerkschaften vor den faschistischen Brandstiftern gerettet werden - und das müssen sie - so ist

unsere

LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 212 A4 I

unsere Auffassung, daß nur die Arbeiter selbst imstande sind, ihre Gewerkschaften vor dem Faschismus durch die rote Einheitsfront zu schützen. Diese Verordnung greift keinen Faschisten an, liefert aber jeden kommunistischen Funktionär der faschistischen Ortspolizei aus.

Wer die Verordnung genau und aufmerksam verfolgt hat, der wird herausfinden, daß der Artikel 3 den Faschisten alle Möglichkeit bietet, getarnt, aber ungestört, unter falscher Flagge zu segeln. Heißt es doch in diesem Artikel: Bildungsvereine, Vereine zu geselligen, wissenschaftlichen oder künstlerischen Zwecken, Sportvereine, gemeinnützige zu landwirtschaftlichen, gewerblichen oder industriellen Zwecken, gelten nicht als politische Vereine. Hier sind die Voraussetzungen geschaffen, damit die Faschisten ungehindert ihren Terror gegen die revolutionären Arbeiter durchführen können. Diese vorgenannten Vereine sind gerade die Brutstätten des Faschismus und haben sich bereits fast alle - wie aus der bürgerlichen Presse zu ersehen ist - gleichgeschaltet. Wie die revolutionären Arbeiter der Klassenjustiz ausgeliefert werden sollen, dafür ist bezeichnend der Artikel 7 dieser Verordnung. Durch diesen Artikel sollen die Spitzenfunktionäre der revolutionären Arbeiterbewegung der örtlichen Polizei den eigenen Steckbrief ausliefern, damit im geeigneten Moment die Polizei und die Landjäger im ganzen Saargebiet Massenverhaftungen von Kommunisten vornehmen können.

Aber die Massenverhaftungen allein genügen nicht. Aus dem Artikel 10 geht ganz klar hervor, daß das Verbot der Kommunistischen Partei und der revolutionären Massenorganisationen vorbereitet wird. Der Hitlerfaschismus in Deutschland hat im Saargebiet bei der fremländischen Regierung Schule gemacht. Wir Kommunisten wissen nur zu gut, daß im Kampf gegen die kommunistische Idee kein grundsätzlicher Unterschied zwischen der nationalen "Konzentration" und der fremländischen Regierung besteht. In diesem Kampf stehen diese Parteien in wechselseitiger Beziehung zu der Regierung, die sie angeblich bekämpfen. Diese angeführten Gründe dürften genügen, um den Beweis erbracht zu haben, daß diese vorgelegte Verordnung sich nur einzig und allein gegen die einzige antifaschistische und antikapitalistische Partei des werktätigen Volkes an der Saar, die KPD. richtet.

Jedoch genau so wenig wie es Hitler, dem Soldknecht der deutschen Bourgeoisie und der Versailler Mächte im Reich gelang, den Kommunismus auszurotten, wird es der ihm im Kampf gegen das revolutionäre Proletariat treu verbundenen Völkerbundsregierung an der Saar gelingen.

Über alle Verfolgungen und Hindernisse hinweg, schreiten wir im revolutionären Kampf über Höhen und Tiefen und werden die Massen mitreißen zum sieghaften Endkampf für ein rotes Saargebiet in einem Sowjet-Deutschland, in dem wir auf den Trümmern Hitler-Deutschlands das Siegesbanner des Kommunismus aufpflanzen.

L H Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 12
A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Braun !

Abg. Braun (SP): Meine Dame und meine Herren! Wir bedauern es tief, daß eine solche Vorlage wie die zur Debatte stehende dem Landesrat gemacht werden konnte und mußte. Aber wir lassen weder eine Verantwortlichkeits- noch eine Sinnverschiebung zu:

Einzig und allein verantwortlich ist für diese wie für andere Maßnahmen an der Saar der brutale und hemmungslose Terror des Nationalsozialismus! Und nochmals müssen wir vor aller Öffentlichkeit feststellen, daß alle Folgen seines unverantwortlichen Treibens in der dissizilen Situation eines Grenz-und Plebiszitlandes nur auf sein Haupt fällt. (Bravo).

In den Kommissionsberatungen und auch heute ist erklärt worden, es habe sich doch an der Saar nichts ereignet! Ich will Ihnen sagen, was sich ereignet hat:

1) Es war bereits Vermögen saarländischer Arbeiterorganisationen, zusammengespart aus den Schweißgroschen unserer Hand-und Kopfarbeiter, durch Maßnahmen der Raubkommissare des deutschen Faschismus an der Saar beschlagnahmt und bis auf den heutigen Tag sind trotz aller gegenteiligen Versicherungen, Beteuerungen und heiligen Erklärungen von hoher und höchster Stelle diese Fragen der Erhaltung saarländischen Arbeiter-Eigentums in den Händen ihrer freiwilligen und sich selbst verwaltenden Organisationen nicht endgültig geregelt und abgeschlossen.
2) Es waren wiederholt Gleichschaltungskommissare von Ehren-Ley bei saarländischen Arbeiterorganisationen, um ihre Unterwerfung zu verlangen und sie haben es nur der disziplinierten Haltung unserer organisierten Leute zu verdanken, daß ihnen dabei nicht die gleiche Behandlung zuteil wurde, wie unseren Anhängern in den SA.-Kasernen und den Konzentrationslagern.

Wenn demgegenüber auf Erklärungen Hitlers, Leys, Bürckels und anderer Ehrenmänner verwiesen wird, so waren das nachträgliche Verlautbarungen, die den Brunnen zudecken sollten, nachdem das Kind hineingefallen war. Gegenüber einer Partei und ihrem System, die im Reichstag erklären läßt, daß sie bereit ist, jeden Meineid zu leisten und jedes Ehrenwort zu brechen, wenn es den Zwecken des Faschismus nützt, treten wir allerdings lieber auf den garantierten Rechtsboden, wie ihn die Vorlage schaffen soll, statt uns auf die Doppelzüngigkeit, Hinterlist, Verlogenheit und das abgrundtiefe Verbrechertum des Nationalsozialismus und seiner Schwüre zu verlassen!

(Bravo-Rufe der Sozialdemokraten!)

Derselbe Nazi-Gauleiter Bürckel, auf den sich der Herr Kiefer vom Zentrum bei seinen Auslassungen stützt, hat heute morgen in dem Saar-Naziblättchen einen Aufruf veröffentlicht, in dem er die Vernichtung der heuchlerischen und hinterlistigen Partei des Zentrums und ihre endgültige Ausrottung verlangt und propagiert. Und den Worten solcher Leute sind Sie, meine Herren vom Zentrum, bereit, auch nur ein Quäntchen Glauben zu schenken?! Was muß denn der Faschismus Ihnen alles noch antun, bis Sie sehend werden und den Abgrund erkennen, vor dem nicht nur Sie, sondern die ganze Nation steht ?! Spricht nicht das Schicksal der DAZ. mit ihrem dreimonatigen Verbot trotz Regierungsfrommheit Bände ? Ist nicht der tausendprozentige Faschismus bei der restlosen Ausrottung und Vernichtung selbst der Organisationen und Persönlichkeiten, die trotz Selbst-

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 12
A4

Selbst-Gleichschaltung sich einen schwachen Rest von eigenem Denken bewahrt hatten, angelangt ? Und demgegenüber sagen Sie, es sei nichts geschehen?!

Da muß ich Sie mit Ihren eigenen Worten schlagen: In der Zentrumszeitung von Homburg, der "Saarpfalz",Nr.119 vom 24.Mai, wird in einem Artikel "Hitler und das Saargebiet" der Beweis erbracht,

> daß kein Geringerer als der Herr Reichskanzler Adolf Hitler selbst die Diffamierung,Ächtung und Boykottierung eines Teiles der Saarbevölkerung ausgesprochen und angeordnet hat. Es wird dort ausdrücklich erklärt, daß der Herr Reichskanzler zu erkennen gegeben habe, daß an der Saar nur die bisher bestehenden nicht marxistischen Parteien in der bisherigen Weise weiter arbeiten wollten, denn nur diese hätten in Zukunft noch wichtige nationale Aufgaben zu erfüllen. Wir danken dem Herrn Reichskanzler für diese Klarheit und offene Kriegserklärung an alle nichtgleichgeschalteten Personen und Organisationen des Saargebietes!

Wir nehmen diesen Fehdehandschuh auf und erneuern unser Gelöbnis, gegen das durch diesen Mann vertretene System unsere nationale und internationale Pflicht bis zum äußersten unter Einsatz aller Kräfte restlos zu erfüllen!

(Bravo-Rufe der Sozialdemokraten!)

Es ist auch hier behauptet worden, an der Saar gebe es keine Gleichschaltungserscheinungen. Das ist eine Behauptung wider besseres Wissen, um mich parlamentarisch auszudrücken. Ich brauche nur wahllos aus der Summe der Beispiele ein paar herauszugreifen, um zu zeigen, wie der Kurs in den letzten Wochen und Monaten gelaufen ist. Im Saarbrücker Stadtrat werden unter begeisterter Zustimmung des Stadtoberhauptes Sozialisten und Kommunisten entgegen allen demokratischen Gepflogenheiten und entgegen den ganz klaren Proporz-Verhältnissen aus wichtigen Kommissionen, durch den Terror der Gleichgeschalteten herausgewählt. In einem der wichtigsten Aufsichtsräte der Saar, in der VSE., an deren Zustandekommen, an deren Sanierung und an deren Selbstbehauptung Sozialisten und Kommunisten, weil sie sich nicht gleichschalten lassen, wider alle Demokratie geächtet und in keiner Weise auf die Straße gesetzt, die - wenn sie uns treffen könnte -schimpflich genannt werden müßte. Im Jugendherbergeverband wird der Nazi-Jugendführer des Saargebietes zum Vorsitzenden gewählt mit der ausdrücklichen Erklärung, daß in Zukunft die Einrichtungen des JHV. den nicht gleichgeschalteten Jugendverbänden der Sozialisten, Kommunisten, Freien Gewerkschaften der Juden, Demokraten usw. nicht mehr zur Verfügung stehen! In der Volkshochschule wird ein gedrucktes Schreiben rundgegeben, das ich hier auf den Tisch des Hauses lege, in dem all denen der Stuhl vor die Türe gesetzt wird, die nicht vorher das Bekenntnis ihrer Gleichschaltung ablegen. Im Diplomhandelslehrerverein erhebt sich bei einer Vorstandswahl ein Nationalsozialist und erklärt, die Wahl sei überflüssig,denn er sei von Adolf Hitler zum künftigen Vorsitzenden bestellt! Und sofort .....!

Wie gesagt, das sind nur ein paar Beispiele. Wir besitzen darüber ein sehr reichhaltiges Material- und wenn man inzwischen öffentlich erklären läßt, daß diese Maßnahmen rückgängig gemacht seien, dann stimmt das dem Wortlaut, aber nicht der Praxis nach, und es ist die Politik des Nazi-Fuchses, dem die Trauben an der Saar noch zu hoch hängen und dem sie nur deshalb sauer schmecken.

Es ist nichts passiert an der Saar? In der vergangenen

<u>Nacht</u>

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 12
A4

Nacht sind dem sozialdemokratischen Postagenturverwalter in Bildstock sämtliche Fensterscheiben unter Absingen von Nazi-Sprechchören eingeworfen worden. Ist es denn nicht so, daß an der Saar ein offener, aber viel stärker noch ein unterirdischer und versteckter Terror durchgeführt wird, der sich an Tausenden von Beweisen darlegen läßt ? Ich will nicht drohen, aber ich sage Ihnen eins: Wenn die Achtungs-und Boykottierungsmaßnahmen gegen die Sozialdemokratie und ihre gesamten Einrichtungen gegen ihre Presse und Unterorganisationen, gegen ihre Gleichberechtigung usw. weiter fortgesetzt werden, zwingen Sie uns, eines Tages die Akten dieses Terrors zu öffnen. Und wenn wir sie in dieser Stunde dem Völkerbundsrat zu unterbreiten gezwungen sind einzig und allein durch ihre Verfolgungsmaßnahmen, wenn wir alle Folgen Ihres ungesetzlichen, undemokratischen,gewalttätigen Vorgehens in ihrer ganzen Schuldverantwortung allein diesen Nazi-Terroristen und ihren ach so feigen Nachläufern überlassen müssen.

Ich bitte, diese meine Worte als einen letzten Appell und als die letzte Warnung zu betrachten: Es gibt noch Recht, Gerechtigkeit und Freiheit in der Welt - und wenn Sie es haben wollen, werden wir daran appellieren, und sollte das nicht helfen, dann hilft Gott dem, der sich selber hilft!

(Bravo-Rufe der Sozialdemokraten!)

Ich wende mich nochmals an den Herrn Abgeordneten Kiefer vom Zentrum, weil ich den Glauben nicht aufgeben kann, daß es im Zentrum noch Männer gibt, die aus seiner jahrzehntelangen Geschichte der Selbstbehauptung Rückgrat und Mannesmut vererbt erhielten. Herr Kiefer sprach von der Knechtung des Saarvolkes - ist nicht die Hitler-Knechtschaft der braunen Okkupationsarmee in Deutschland hundert-und tausendmal schlimmer als alles, was sich je an der Saar ereignet hat?! Herr Kiefer sprach von der Mißachtung der gewählten Vertretung des Volkes - hat nicht Herr Hitler die Vertreter des gesamten deutschen Volkes, soweit sie Sozialisten und Kommunisten sind, mundtot gemacht und die übrigen nur noch zum Strammstehen und zur Entgegennahme seiner Befehle kommandiert? Herr Kiefer spricht von drakonischen Maßnahmen an der Saar- sind sie nicht himmelweit entfernt von der wüsten Blutorgie des Nationalsozialismus gegen alle Andersdenkenden in Deutschland ? Herr Kiefer spricht vom Ausnahmegesetz - ist nicht die Gesetzlosigkeit, die restlose Anullierung des Rechtsstaates das Signum der Hitler-Diktatur in Deutschland? Herr Kiefer spricht von der Freiheit des Saarvolkes - ist nicht diese Freiheit in Hitler-Deutschland mit Stiefeln zertrampelt worden, an denen das Blut der deutschen Hand-und Kopfarbeiter klebt ?

Glaubt Herr Kiefer gegen alle Erfahrungen der Menschheitsgeschichte, daß ein im Innern unfreies Volk jemals in der Lage sein werde, nach außen hin frei zu werden und seine Grenzlande wieder um sich sammeln zu können?

Nein, das Recht zu seiner Beschwerde über mangelnde Freiheit, Selbstbestimmung, Gleichberechtigung und andere hohen Prinzipien, für die wir unser Herzblut eingesetzt haben, hat nur der, der für sie kämpft sowohl im Innern wie nach außen und der sie da, wo er Macht hat, denen nicht verwehrt, die ihm vergewaltigt gegenüberstehen!

Ich kann bei dieser Gelegenheit eine Anmerkung nicht unterdrücken: Vor einigen Tagen hat in diesem Saale im Stadtrat Saarbrückens jemand den Vorwurf des "Landesverrats" gegen die Sozialdemokratie erhoben, weil die "Volksstimme" von der

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 12
A4 I

Ruinierung der Mark gesprochen hat. Das ist jetzt genau acht Tage her und heute bringt die gesamte Presse eine Auslassung des Reichsbankpräsidenten Schacht aus der Transfer-Konferenz, in der er wörtlich, nackt und dürr erklärt, daß wir "eine neue Entwertung der Reichsmark erleben, die eine noch größere Katastrophe bedeuten würde, als die von 1923". Als ich das vor acht Tagen in der "Volksstimme" schrieb, war es "Landesverrat"! - nachdem es heute der Herr Schacht auch durch die gleichgeschaltete Presse erklären läßt, ist es höchste staatspolitische und staatsmännische Weisheit. So sehr sind die Begriffe im Tollhaus des Faschismus und den Gebieten seiner Auswirkung bereits verwirrt!

Aber ich glaube, und damit komme ich zum Schlusse, daß wir das Problem von der falschen Seite aus anpacken, wenn wir uns nur um Verantwortlichkeiten und Sinngebung streiten. Wir müßten vielmehr von der entscheidenden Tatsache ausgehen, daß wir ein Grenz-und Plebiszitland sind. Wer von Ihnen den Versailler Vertrag und das Saarstatut kennt - ich nehme an, Sie kennen beide sehr genau!- der weiß, welch ungeheure internationale Gefahr in der terroristischen Beeinflussung und Verfälschung der Bevölkerungsmeinung und ihrer Beurteilung durch das entscheidende Ausland gegeben ist. Wer wahrhaft deutsche, wer wahrhaft nationale Politik an der Saar betreiben will, muß alle Maßnahmen begrüßen, die einen Damm aufrichten gegen die schleichende Seuche der Verängstigung, der gewaltsamen Beeindruckung und terroristischen Verschüchterung eines Plebiszit-Landes.

Ich weiß, daß das nicht begreift, wer Naziot ist - aber es sollte nicht ganz unzugänglich sein den Köpfen, die zwar gleichgeschaltet, aber doch noch nicht restlos ausgeschaltet sind bezüglich ihrer Denkfunktion!

Und ich weiß: Unter den bürgerlichen Parteien dieses Hauses gibt es kaum eine, die sich nicht im stillen Kämmerlein selber sagt, daß der Weg zur glücklichen Lösung der Saarfrage zurückkehren muß zu jener Politik der deutsch-französischen Verständigung, von der ein Brückenpfeiler an der Saar stehen wird. Dieses Land an der Saar muß frei bleiben von Hitler-Terror und Hitler-Knechtschaft - aber dieses Land muß werden Brückenkopf deutsch-französischer Aussöhnung unter Behauptung seiner Freiheit und seines Volkstums!

(Beifall von den Sozialdemokraten!)

LH Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 12
A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Baltes!

Abg. Baltes (NSDAP): Meine Dame und meine Herren! Wohl selten ist dem Landesrat eine Vorlage zugegangen, die für die Gestaltung des öffentlichen Lebens von so weittragender Bedeutung ist, wie die zur Debatte stehende Verordnung, und wohl selten hat die Regierungskommission sich so beeilt und dem Landesrat so wenig Zeit zur Begutachtung und Behandlung der Vorlage gelassen, wie im vorliegenden Falle. Und genau in demselben Maße hat die Regierungskommission diese so wichtige Vorlage ganz fade - wenn ich mich so ausdrücken darf - begründet. Wenn wir heute von der Linken des Hauses in erster Linie und auch von der Regierungskommission zugegeben wird, daß die Angst um das gewerkschaftliche Vermögen an der Saar Ausgangspunkt und Veranlassung zu dieser Verordnung gewesen sein soll, so glaube ich, daß diejenigen, die dafür verantwortlich zeichnen und zwar die Herren der Regierungskommission, nach den Ausführungen des Herrn Braun stehen diese Leute ja fest, daß sich diese nicht klar darüber waren, was nun alles mit dieser Verordnung an der Saar gegen die deutschen Interessen im Saargebiet geschehen wird. Die Verordnung bedeutet nichts weiter, als daß ein Mensch und ein Mann im Saargebiet für die Zukunft darüber entscheiden kann, was politische Vereine, was wirtschaftliche Vereine und was kulturelle Vereine sein sollen.

(unverständliche Zurufe der Kommunisten)

Ich habe in der Kommissionssitzung darauf hingewiesen auf die sonderbare Lage, in die die Kriegsopferbewegung des Saargebietes durch den Verordnungsentwurf kommt, und ich habe am Sonntag bereits ihre Bestätigung erfahren, in dem Herr Heimburger eine Kriegsbeschädigtenversammlung verbietet, weil die Einberufer sich einzeichneten als nationalsozialistischer Reichsverband. Also dieselbe Regierungskommission, die mit deutschen Geldern hier die Kriegsopfer bezahlt, dieselbe Regierungskommission, die hier Reichsgesetze zur Betreuung der Kriegsopfer hat, die ein Verfahrensgesetz hat, sie geht dazu über und verbietet die wirtschaftlichen Organisationen. Was wird mit den Interessen der Kriegsopfer ? Wer ist dafür haftbar für die körperlichen und materiellen Schäden, wenn die Kriegsopfer des Saargebietes unerfaßt sind, wenn sie als Faktor ausscheiden und nicht mehr teilnehmen können an den sozialen Einrichtungen, welche Deutschland für die Kriegsopfer geschaffen hat. Ich sage, das ist alles nur ein Anfang, das dicke Ende kommt nach. Und deshalb sagen wir Nationalsozialisten und gerade der vergangene Sonntag hat es uns bewiesen. Herr Braun war so gütig, das Ergebnis von Danzig anzuführen. Warum denn in die Ferne schweifen, sieh das Gute liegt so nah. Wir haben auch das Ergebnis der Wahlen in Nalbach,dort ist kein einziger Fall von Terror vorgekommen, dort kam die elementare Meinung des Saarvolkes zum Ausdruck. Und wollen wir all diese Dinge auf den Landesrat übertragen

(Unruhe bei den Kommunisten)

Sie hören sich heute aufblähen und aufpusten, in Wirklichkeit hat das Saarvolk seine eigene Meinung längst gebildet. Mit den Ausführungen des Herrn Braun beschäftige ich mich nicht.

Der Sinn des Gesetzes ist klar gekennzeichnet.Der Sinn des Gesetzes ist von Herrn Braun ja auch gekennzeichnet, er soll sein gegen den nationalsozialistischen Terror d.h. gegen die nationalsozialistische Bewegung. Und <u>darauf</u>

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 12
A4 I

darauf wird das Saarvolk die Antwort geben.
Meine Herren! Wir sind auch in Deutschland durch Verbote groß geworden, und wir werden durch Verbote und mit Disziplin 1935 zurückkehren zu unserem Führer.

Heil Hitler !

(Zurufe der Kommunisten: Du Mörder!)

- Glocke des Vorsitzenden -

Vorsitzender: Herr Abgeordneter Sommer, ich rufe Sie zur Ordnung.

(Zurufe der Kommunisten: Messerheld !)

- Glocke des Vorsitzenden -

Vorsitzender: Herr Abgeordneter Sommer, ich rufe Sie zum zweiten Male zur Ordnung.

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 12
A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Schmelzer!

Abg. Schmelzer (DSV): Meine Dame und meine Herren! Was nach den letzten drei Gesetzen, die hier in der letzten Woche beraten wurden, an Knebelungsmöglichkeiten noch ausstand, ist in dieser Verordnung enthalten. Die Regierungskommission weist auf die Dringlichkeit und Notwendigkeit des Erlasses dieser Verordnung hin. Wir bestreiten die Notwendigkeit dieser Verordnung. Wir sind der Meinung, daß, wenn etwa Mißstände vorkommen, mit den beratenden Gesetzen auszukommen ist. Wir bestreiten auch ganz entschieden die Dringlichkeit dieser Verordnung. Was in der Kommission vorgebracht wurde, hat uns genügt, daß die Dringlichkeit für diesen Verordnungsentwurf nicht gegeben ist. Wir haben in der Kommission schon bemängelt, daß die Regierungskommission es nicht für nötig gefunden hat, einen Vertreter der Abteilung des Innern zur Beratung zu entsenden. Auch heute ist kein Vertreter der Abteilung des Innern anwesend. Wir wünschen die Anwesenheit dieses Vertreters vor allen Dingen deshalb, um zu erfahren, wie weit die Kautschukbestimmungen der Verordnung in Wirklichkeit gehen sollen. Wir haben in der Kommission eine Anzahl Fragen gestellt, ich glaube 12 oder 13. Die Beantwortung dieser Fragen ist zum Teil so kurz gehalten, daß sie eigentlich eine einzige Mißachtung der gewählten Vertretung der Bevölkerung ist. Ich will auf die einzelnen Fragen nicht eingehen, sie sind im Bericht enthalten. Ich will nur auf folgendes aufmerksam machen: Ich hatte in der Kommission die Frage gestellt, wieweit Erörterungen über die drei Möglichkeiten der Abstimmung im Jahre 1935 durch den Artikel 10 betroffen werden sollen und auf die Werbung dieser drei Möglichkeiten der Abstimmung wirken sollen. Die Antwort der Regierungskommission lautet folgendermaßen:

"Erörterungen über die drei Möglichkeiten der Abstimmung im Jahre 1935 werden durch Artikel 10 nicht betroffen, ebensowenig die Werbung für eine der Möglichkeiten, sofern sich diese Werbung in den Grenzen des Gesetzes hält."

Ich glaube, der letzte Satz ist eine Bestätigung dessen, was wir befürchten, daß gerade diese Werbung, die wir betreiben wollen, nämlich für die Abstimmung zugunsten Deutschlands, erschwert werden soll. Das ist klar und deutlich in dieser Verordnung enthalten. Wir haben dann in der Kommission darauf hingewiesen, daß durch den Artikel 11 die Regierungskommission Blankovollmacht bekommt zum Erlaß von Gesetzesvorschriften, die ja nicht erlassen werden dürfen, bevor sie dem Landesrat zur Begutachtung vorgelegt worden sind. Die Regierungskommission kann das nicht ganz in Abrede stellen. Wir halten nach wie vor die Meinung aufrecht, daß dieser Verordnungsentwurf den Bestimmungen des Versailler Vertrages zuwiderläuft. Die Regierungskommission hat kein Recht, irgend eine Verordnung zu erlassen, es sei denn , daß sie vorher dem Landesrat diese Verordnungen zur Begutachtung vorlegt. Wir protestieren nachdrücklich gegen dieses Verfahren der Regierungskommission und machen sie auf die Unzulässigkeit ihrer Handlung aufmerksam.-

Ich habe da zum Schluß der Beratung in der Kommission folgende Frage gestellt:

"Soll die Verordnung betr. Aufrechterhaltung der Ruhe und Sicherheit auch Anwendung finden auf die Tatsachenberichte der Presse über Sitzungen des Landesrates ?"

Die Antwort der Regierungskommission lautet: "Die

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 12

A4

"Die Anfrage steht nicht im Zusammenhang mit der Vorlage betr. Abänderung des Reichsvereinsgesetzes." In dieser Antwort ist besser als in langen Ausführungen eine Kritik des jetzigen Regimes an der Saar enthalten, wie sie besser gar nicht gedacht werden kann, denn wenn die Regierungskommission auf diese Frage keine Antwort gibt, dann beweist sie damit, daß sie mit Hilfe dieser Verordnung der vorliegenden Verordnung auch gegen die Presse angehen will, wie sie überhaupt die Absicht hat, jede freie Meinungsäußerung im Saargebiet zu unterbinden . Was wir vermuten, wird sich wahrscheinlich einstellen. Dann gebe ich dem Herren Abgeordneten Kiefer Recht, welcher sagt," diejenigen, welche diese Verordnung und auch vielleicht die anderen drei ohne Notwendigkeit heraufbeschworen haben, werden eines schönen Tages sehen, daß sie sich selbst einen Strick gedreht haben. Es wird der Regierungskommission, oder besser gesagt, ich glaube nicht daran, daß die Gesamtregierungskommission diese Antworten beschlossen hat, das werden wohl die einseitigen Äußerungen eines oder vielleicht einiger Mitglieder der Regierungskommission sein; die Regierungskommission oder ihre Auftraggeber und Hintermänner, die Franzosen, werden nicht im Saargebiet erreichen, was sie sich vorstellen, daß das jetzige Regime, das fälschlicherweise mit Autonomie bezeichnet wird, daß das aufrecht erhalten werden kann. Von ganz rechts bis zu den Kommunisten werden wir zurückkehren zu Deutschland, gleichwohl welche Staatsform dort herrscht. Und da gibt es nur eine Meinung. Wer sich diesem Willen des Saarvolkes widersetzt, wird von der Volksmeinung hinweggefegt werden, ohne daß es ihm gelingt, wo anders Fuß zu fassen. Das wird nicht leicht werden, wir werden schweren Zeiten entgegengehen, insbesondere die politischen Parteien, denn alles das, was wir verlangt haben an Auskünften über die Sicherung der freien Meinungsäußerung - lesen Sie die Antworten nach - es ist unbeantwortet geblieben. Wir werden schweren Zeiten entgegengehen. Das wird uns nicht abhalten, genau wie 1923 zur Zeit Rault'schen Notverordnung unsere Meinung zu sagen darüber, was wahr ist und was die wirkliche Stimmung im Saargebiet ist. Das Beste wäre, wenn die Regierungskommission die Konsequenz ziehen würde und den Entwurf zurückzöge. Die Tatsachen, oder die vermeintlichen Tatsachen, auf denen dieser Entwurf aufgebaut ist, bestehen nicht mehr. Wir verlangen von der Regierungskommission, daß sie diesen Weg geht.

LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 12 A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr **Staatskommissar** Kuchenbecker!

Staatskommissar Kuchenbecker: Zu der Anfrage des Herrn Abgeordneten Schmelzer über die Freiheit der Presseberichterstattung, teile ich mit, daß auf eine offizielle Anfrage der beteiligten Kreise auch eine solche Antwort erteilt werde. Auf die weitere Frage betr. Kennzeichnung eines Vereins als politischer Verein, kann ich erklären, daß auch die Gründe für die Entscheidung bekanntgegeben würden.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Schmelzer!

Abg. Schmelzer(DSV): Auf die Bemerkung des Staatskommissars betr. Tatsachenberichte der Presse möchte ich bemerken, daß der Landesrat durch Gesetz das Ras Recht hat, sein Gutachten zu den ihm vorgelegten Verordnungsentwürfen abzugeben. Darüber hinaus steht ihm das Gewohnheitsrecht zu, auch zu anderen wichtigen Dingen, die nicht auf der Tagesordnung stehen, zu sprechen. Das ist die Meinung derjenigen, die uns hierher geschickt haben.

(Zuruf des Abg. Lieser(SP): Die sind nicht mehr da!)

Ach, Herr Lieser, - Herr Lieser -! Na, Sie lachen ja selbst. Die Bevölkerung wünscht zu wissen, was im Landesrat gesprochen wird. Die Unterrichtung der Bevölkerung ist in vollem Umfange nur durch die Presse oder durch Versammlungen möglich. Wenn die Regierungskommission nicht klar und deutlich das Recht der Vertreter der Bevölkerung feststellt, dann wollen wir sehen, was der Völkerbundsrat dazu sagt. Wir haben ein Recht darauf, der Bevölkerung zu unterbreiten, was von der Regierungskommission vorgeschlagen wird. Wird uns dieses Recht beschnitten, dann verletzt man ein Recht, das uns der Vertrag von Versailles garantiert hat. Wir bestehen auf diesem Recht.

Vorsitzender: Zu dieser Frage hat der Verband der Saarpresse sich an den Landesrat gewandt. Ich werde veranlassen, daß dieser Antrag vervielfältigt und sämtlichen Mitgliedern zugestellt wird.

Abg. Lorenz (KP) zur Geschäftsordnung! Entgegen den Ausführungen des Herrn Schmelzer wollen wir die Ausführungen anführen, die veröffentlicht sind.

- Glocke des Vorsitzenden -

Vorsitzender: Das hat mit der Geschäftsordnung nichts zu tun.

(Abg. Lorenz spricht weiter!)

- Glocke des Vorsitzenden -

Vorsitzender: Herr Abgeordneter Lorenz, ich entziehe Ihnen das Wort!

Abg. Lorenz (KP) spricht dennoch weiter und verliest eine Erklärung der Kommunistischen Partei.

- Glocke des Vorsitzenden -

Vorsitzender: Ich schließe die Sitzung (11 Uhr vormittags.).

LHA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 12
A4